



## Duisburger Zoll kontrollierte in der Region 144 Baufirmen im ersten Halbjahr 2021



Zöllnerin bei einer Baustellen-Kontrolle: Im Baugewerbe verstoßen noch immer viele Firmen gegen die Regeln – vor allem, wenn's um den Lohn geht, kritisiert die IG BAU. Allerdings hat der Zoll längst nicht alle Verstöße im Blick. Die Gewerkschaft fordert deshalb eine einheitliche staatliche Arbeitsinspektion, die alles kontrolliert – von der Lohnzahlung über den Arbeitsschutz bis zur Arbeitszeit. Foto: IG BAU | Tobias Seifert

### Industriegewerkschaft fordert „höheren Kontroll-Druck“ in Duisburg und am Niederrhein

Unsaubere Praktiken in Duisburg im Visier: Das Hauptzollamt Duisburg hat im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres 565 Arbeitgeber in der Region kontrolliert. Im Fokus der Fahnder dabei: illegale Beschäftigung, Sozialbetrug und Verstöße gegen geltende Mindestlöhne. Allein Baufirmen bekamen 144 Mal Besuch von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls, wie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt mitteilt. Die IG BAU beruft sich dabei auf eine Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke (Grüne).

Demnach hatten es die Duisburger Zöllner häufig mit Trickereien beim Lohn zu tun: In der ersten Jahreshälfte leiteten die Beamten in der gesamten Region 463 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten ein – etwa weil Mindestlöhne unterschritten, gar nicht oder zu spät gezahlt wurden. Hierbei wurden Bußgelder in Höhe von rund 371.000 Euro verhängt – davon 65.000 Euro gegen Bauunternehmen.

„Die Zahlen zeigen, dass es viele Firmen mit der Bezahlung ihrer Beschäftigten nicht so genau nehmen. Sowohl bei den speziellen Branchenmindestlöhnen wie auf dem Bau als auch beim gesetzlichen Mindestlohn“, kritisiert Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Die Gewerkschafterin begrüßt die Pläne der Ampel-Koalition in Berlin, das gesetzliche Lohn-Minimum auf 12 Euro pro Stunde anzuheben. Allein in Duisburg und am Niederrhein dürften damit die Einkommen Tausender Menschen spürbar steigen.

Allerdings müsse der Staat sicherstellen, dass sich die Firmen auch an die Vorschriften hielten – und für einen „höheren Kontroll-Druck“ sorgen. Das gelinge jedoch nur, wenn die FKS beim Hauptzollamt Duisburg personell erheblich aufgestockt werde.



# Pressespiegel

Ausgabe: 13.01.2022



„Klettert der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro und bleibt es gleichzeitig bei der bisherigen Kontrollquote, ist die Gefahr für Arbeitgeber, bei Mindestlohnverstößen erlappt zu werden, verschwindend gering. Da muss man dann schon von reinen ‚Placebo-Kontrollen‘ sprechen“, so Pfau. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts würden in Deutschland 7,2 Millionen Beschäftigte von einer Mindestlohn-Erhöhung auf 12 Euro profitieren. „Das sind 7,2 Millionen Lohntüten, auf die der Staat zusätzlich einen Blick werfen muss“, betont Pfau.

Die IG BAU kritisiert zudem ein „staatliches Zuständigkeit-Wirrwarr“ bei den Kontrollen. Das führe häufig dazu, dass Missstände ungeahndet blieben. So seien etwa die Arbeitsschutzbehörden, die über die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und Standards bei Unterkünften ausländischer Beschäftigter wachen, personell unterbesetzt. Außerdem hätten sie im Zuge der Pandemie weitere Aufgaben – wie die Kontrolle der Homeoffice-Verordnung – bekommen. Die FKS des Zolls hingegen kümmere sich um die Prüfung von Lohn- oder Steuerabrechnungen. Bei Verstößen verhängte die FKS zwar Sanktionen gegen die Firmen. Bauarbeiter müssten sich dann aber um den Lohn, um den sie geprellt wurden, selbst kümmern.

„Perspektivisch brauchen wir eine staatliche Arbeitsinspektion, die als übergeordnete Behörde die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte und Sozialvorschriften sicherstellt“, fordert Pfau. Eine solche „Arbeitskontrolle aus einer Hand“ habe sich etwa in Frankreich und Spanien bewährt. Entscheidend sei hierbei, die Tarifpartner zu beteiligen: „Wenn Gewerkschaften oder Betriebsräte Hinweise an die Arbeitsinspektion herantragen, muss dies ebenfalls zu Ermittlungen führen“, so Pfau. Außerdem müsse die Behörde etwa bei Mindestlohnverstößen Nachzahlungen an Beschäftigte veranlassen dürfen.

Die IG BAU setzt sich zugleich dafür ein, auffällig gewordene Firmen von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen. „Wir brauchen ein ‚Sündenregister‘ für Schwarzarbeit – eine öffentliche Kartei, in der die Betriebe aufgelistet werden, deren Geschäftsmodell auf illegaler Beschäftigung und Lohn-Prellerei beruht“, unterstreicht Pfau.

Lokalkompass.de



## Neue Studie zu Ausbildungsvergütungen: Bau-Azubis verdienen am besten



Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU, Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Zum heute vorgelegten Ausbildungsbericht des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), nachdem Bauberufe bei den Azubi-Löhnen die Spitzenplätze belegen, erklärt Carsten Burckhardt vom Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU):

"Dass angehende Zimmerleute, Maurer und Straßenbauer zwischen 300 und 400 Euro mehr verdienen als Azubis im Schnitt, ist kein Zufall – sondern Ergebnis eines bewährten tariflichen Systems. Gewerkschaft und Arbeitgeber organisieren über die Sozialkassen der Bauwirtschaft (SOKA-BAU) gemeinsam die Nachwuchsgewinnung in der Branche. Dank einer Ausbildungsumlage ist es auch für kleine Betriebe attraktiv, Azubis einzustellen. Trotzdem bleibt der Fachkräftebedarf am Bau groß – auch weil viele Gesellen die Branche nach wenigen Jahren verlassen. Die Arbeitsbedingungen müssen deshalb noch attraktiver werden. Hier sind die Unternehmen in der Pflicht. Mit Blick auf den hohen Bedarf beim Wohnungsneubau, bei klimagerechten Gebäudesanierungen und beim Ausbau der Infrastruktur kann sich der Bau eine weitere Abwanderung von Fachleuten nicht erlauben."